



Norbert Kadau, Geschäftsführer der Bürgschaftsbank Hessen (BBH), stellt Abwicklung und Verfahren von Ausfallbürgschaften vor.

## Wann Unternehmen eine Landesbürgschaft bekommen

- Betriebsmittellinien müssen ausgeschöpft sein
- Nennenswerter Eigenbeitrag der Gesellschafter
- In der Regel signifikanter, nicht saisonaler, Auftrags- oder Umsatzeinbruch von 25 Prozent
- Vorrangige Nutzung des Kurzarbeiterinstruments, in der Regel kein Arbeitsplatzabbau
- Tragfähiges Geschäftsmodell
- Kapitaldienstfähigkeit
- In der Regel intaktes Eigenkapital; das heißt noch kein Unternehmen in Schwierigkeiten-Status
- Kreditinstitut mit Übernahme Eigenobligo 20 Prozent gefunden

## Checkliste Bürgschaftsantrag

- Antrag (über Hausbank)
- Unternehmensrating
- Jahresabschlüsse der letzten drei Jahre
- Aktuelle Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA)
- Plan GuV laufendes Jahr und kommende zwei Jahre
- Liquiditätsplanung laufendes und kommendes Jahr

# Hilfe aus der Krise – Landesbürgschaften und KfW-Kredite

**FINANZIERUNG.** Viele kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), speziell Autozulieferer, stecken in der Liquiditätsklemme. Um das Risiko der Banken zu mindern, hat das Land Hessen die Konditionen für Betriebsmittelbürgschaften verbessert. Die Bundesregierung richtete zusätzliche Finanzierungsinstrumente über die KfW ein.

**DARÜBER INFORMIERTE** die IHK Darmstadt im Rahmen ihrer Veranstaltung „Finanzierungsinstrumente in wirtschaftlich turbulenten Zeiten“ im Dezember 2008.

Die südhessischen Unternehmen blickten optimistisch in die Zukunft und wollten auch in Zeiten der Krise investieren, zitierte Dr. Uwe Vetterlein, Hauptgeschäftsführer der IHK Darmstadt, die Ergebnisse einer aktuellen IHK-Befragung für die anwesenden 125 Veranstaltungsteilnehmer. Allerdings seien die Banken zurückhaltender mit der Gewährung von Krediten. „Bürgschaften schaffen Liquidität, um auch in schwierigen Zeiten investieren zu können“ erklärte er.

Silke Lautenschläger, Hessische Sozialministerin, erläuterte die Grundzüge und Zielsetzungen des neuen „Sonderprogramms Betriebsmittelbürgschaften“: „Wir wollen KMU, insbesondere der Autozulieferindustrie, im Rahmen unseres Sonderprogramms mit der Erhöhung der Bürgschaftsquote für Betriebsmittelkredite von 60 auf 80 Prozent unter die Arme greifen“, erklärte sie. „Wir stellen zusätzlich 500 Millionen Euro bereit, um KMU aus der Liquiditätsklemme zu helfen und Arbeitsplätze für den Mittelstand zu sichern“ sagte Lautenschläger.

Norbert Kadau, Geschäftsführer der Bürgschaftsbank Hessen (BBH), präsentierte Details zu Abwicklung und Verfahren von Ausfallbürgschaften. Zielsetzung sei es, gesunden Unternehmen mit unerwartetem Auftragsrückgang als Überbrückung

Liquidität zur Verfügung zu stellen. „Wir freuen uns, dass wir die hessischen Unternehmen dank der schnellen Entscheidung der Landesregierung noch stärker unterstützen können“, sagte Kadau. „Das belegt einmal mehr, dass das stabile Bürgschaftsmodell eine gute Antwort auf bewegte Zeiten geben kann.“

Dr. Stefan Breuer, Direktor der KfW, stellte anschließend die KfW-Förderangebote im Rahmen des Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ der Bundesregierung vor. Er betonte die gute Zusammenarbeit mit den Banken: „Die Hausbanken und die KfW haben eingespielte Abstimmungswege, so dass die KfW in der Regel binnen zwei bis vier Wochen über die Gewährung des Kredits entscheidet.“

Als in der darauf folgenden Fragerunde die unbefriedigende Kooperation einiger Hausbanken bei der Durchleitung von Anträgen an BBH und KfW angesprochen wurde, bot Vetterlein auch hier die Unterstützung der IHK an. Anschließend konnten Interessierte in kleiner Runde mit den Referenten weitere Fragen klären.

► **INFORMATION:** Karl-Dieter Weber, Geschäftsbereich Starthilfe und Unternehmensförderung, Telefon: 06151 871-213, E-Mail: weberkd@darmstadt.ihk.de

► Ausführliche Informationen zu den in der Veranstaltung vorgestellten Finanzierungsmitteln und einen TV-Beitrag zur Veranstaltung finden Sie im Internet unter [www.darmstadt.ihk24.de](http://www.darmstadt.ihk24.de) (Dokument-Nummer 16888).

## Sonderprogramm Betriebsmittelbürgschaften

Die Hessische Landesregierung erhöhte für ihr „Sonderprogramm Betriebsmittelbürgschaften“ die Bürgschaftsquote für Betriebsmittelkredite von 60 auf 80 Prozent. Außerdem wurde das Ministerium der Finanzen durch das Unternehmensstabilisierungsgesetz ermächtigt, Garantien und Bürgschaften bis zu einem Betrag von 500 Millionen Euro zulasten des Landes zu übernehmen. Das Land will dadurch gesunden Unternehmen in Zeiten der Krise die Kreditaufnahme erleichtern und das Risiko der Banken mindern. Zielgruppe sind vor allem KMU, speziell die Autzulieferbranche.

Bürgschaftsanträge können durch die Hausbank gestellt werden. Das Kreditinstitut leitet diese bis zu einem Volumen von einer Million Euro an die Bürgschaftsbank Hessen (BBH) und Anträge für eine höhere Besicherung an die Investitionsbank Hessen (IBH) weiter. Die Laufzeit der Bürgschaft beträgt fünf Jahre.

Die Antragsprovision beträgt bei der Bürgschaftsbank 1,5 Prozent des zu verbürgenden Kredits bei einer Mindestprovision von 500 Euro. Die jährliche Bürgschaftsprovision beträgt 1,5 Prozent jeweils zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

Bei der Investitionsbank Hessen (IBH) wird eine Antragsgebühr von einem Prozent und eine jährliche Verwaltungsgebühr von einem Prozent des Kreditvolumens in Ansatz gebracht.

## KfW-Förderprogramm

Die Bundesregierung stellte im Rahmen ihres Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ 20 Milliarden Euro für KfW-Fördermaßnahmen bereit.

Davon sind für das „KfW-Sonderprogramm 2009“ zur Unternehmensfinanzierung 15 Milliarden Euro vorgesehen. Freiberuflern und gesunden KMU mit einem Jahresumsatz von in der Regel weniger als 500 Millionen Euro wird damit trotz schwieriger Liquiditätssituation die Finanzierung von Investitionen und Betriebsmitteln ermöglicht. Die Kreditnehmer profitieren von einem 100-prozentigen Finanzierungsanteil und die Banken von der Option auf Haftungsfreistellung in Höhe von 90 Prozent bei der Finanzierung von Investitionen und 50 Prozent bei Betriebsmitteln. Pro Vorhaben werden maximal 50 Millionen Euro gewährt. Die Kreditlaufzeit beträgt maximal fünf Jahre bei Betriebsmitteln und acht Jahre bei Investitionen.

Mit dem „ERP-Innovationsprogramm“ stellt die KfW für 2009 ein zusätzliches Kreditvolumen zur Förderung von Innovationen des Mittelstands bereit.

Junge Technologieunternehmen werden über den „ERP-Startfonds“ mit Beteiligungskapital unterstützt.

Auch für das „ERP-Energieeffizienzprogramm“ zur Finanzierung von Energieeinsparungen bei KMU stellt der Bund 2009 zusätzliche Mittel zur Verfügung.



Foto: Jens Steingässer

Turbulente Zeiten, sichere Finanzierung:  
Das Auditorium lauscht gespannt.

### ► KONTAKT:

Investitionsbank Hessen, Niederlassung  
Wiesbaden, Abraham-Lincoln-Straße 38-42,  
65189 Wiesbaden, Dieter Kaps, Telefon: 0611  
774-7368, E-Mail: dieter.kaps@ibh-hessen.de  
► [www.ibh-hessen.de](http://www.ibh-hessen.de)

Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Abraham-  
Lincoln-Straße 38-42, 65189 Wiesbaden,  
Georg Schmidt, Telefon: 0611 1507-36,  
E-Mail: schmidt@bb-h.de  
► [www.bb-h.de](http://www.bb-h.de)

KfW Bankengruppe, Palmengartenstraße  
5-9, 60325 Frankfurt am Main, Servicehotline:  
0180 124 -1124, E-Mail: infocenter@kfw.de  
► [www.kfw-mittelstandsbank.de](http://www.kfw-mittelstandsbank.de)



## Wirtschaft konkret

Das TV-Magazin der IHK  
Darmstadt Rhein Main Neckar

### Die regionale Wirtschaft jetzt auch im TV-Format



Die Themen im Februar:

- Hessische Hochschulpolitik
- Lkw-Maut in der Kritik
- IHK-Wahl 2009 läuft

unter [www.darmstadt.ihk24.de](http://www.darmstadt.ihk24.de)